

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 56/0235/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 05.03.2019 Verfasser:										
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates vom 30.01.2019 (öffentlicher Teil)											
<table> <tr> <td>Beratungsfolge:</td> <td>TOP: 2</td> </tr> <tr> <td>Datum</td> <td>Zuständigkeit</td> </tr> <tr> <td>27.03.2019</td> <td>Entscheidung</td> </tr> <tr> <td>Gremium</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Integrationsrat</td> <td></td> </tr> </table>		Beratungsfolge:	TOP: 2	Datum	Zuständigkeit	27.03.2019	Entscheidung	Gremium		Integrationsrat	
Beratungsfolge:	TOP: 2										
Datum	Zuständigkeit										
27.03.2019	Entscheidung										
Gremium											
Integrationsrat											

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates vom 30.01.2019 (öffentlicher Teil).

Prof. Dr. Sicking
(Beigeordneter)

Erläuterungen:

Keine.

Der Oberbürgermeister



N i e d e r s c h r i f t
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Integrationsrates

20. Februar 2019

Sitzungstermin:	Mittwoch, 30.01.2019
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:35 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Frau Paola Blume	als Vorsitzende
Ratsfrau Uschi Brammert	
Ratsherr Ralf Demmer	
Ratsfrau Ursula Epstein	bis 20:10 Uhr
Frau Maureen Fröhlich	
Herr Georg Georgiadis	
Herr Hoshang Ghaei	
Ratsfrau Rosa Höller-Radtke	bis 19:20 Uhr
Herr Bülent Ümit Iscan	bis 19:25 Uhr
Frau Leyla Kalkan	ab 17:20 Uhr bis 20:25 Uhr
Herr Safi Özbay	
Herr Eyüp Özgün	ab 17:50 Uhr

INT/28/WP.17

Ausdruck vom: 20.02.2019

Seite: 1/17

Herr Ruslan Pivovarov	
Bürgermeisterin Hilde Scheidt	bis 20:15 Uhr
Ratsherr Josef Hubert Bruynswyck	als Vertreter für Ratsherr Müller, Hans, bis 19:45 Uhr
Herr Mehmed Jakobovic	als Vertreter für Frau Ambadar, Dorothee; bis 18:30 Uhr
Herr Zivojin Veselinovic	als Vertreter für Petrovic, Jana; bis 19:45 Uhr

Abwesende:

Frau Dorothee Ambadar	entschuldigt
Frau Alma Graciella Gongora Duarte	entschuldigt
Ratsfrau Nathalie Koentges	entschuldigt
Ratsherr Hans Müller	entschuldigt
Frau Jana Petrovic	entschuldigt
Herr Cengiz Ulug	entschuldigt
Herr Eshetu Wondafrash	entschuldigt

Gäste:

Herr Kelték	Vorsitzender des Landesintegrationsrates
Frau Distelrath	VHS Aachen – Projektleitung NRWeltoffen
Frau Dr. Blüggel	VHS Aachen - Betriebsleiterin

von der Verwaltung:

Herr Frankenberger	Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration – Fachbereichsleitung
Frau Braxein	Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration
Frau Duikers	Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration
Frau Dogan	Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration
Frau Uerlings	Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration
Herr Fris	Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration
Frau Beck	Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration
Frau Wölk	Fachbereich Presse und Marketing
Herr Pappert	Fachbereich Presse und Marketing

als Schriftführerin:

Frau Daemen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates vom 07.11.2018
(öffentlicher Teil)
Vorlage: FB 56/0224/WP17**
- 3 **Änderung des § 27 Gemeindeordnung NRW
Vorlage: FB 56/0226/WP17**
- 4 **Abschlussbericht des Projektes "NRWeltoffen" der Volkshochschule Aachen
Vorlage: E 42/0101/WP17**
- 5 **Vorstellung des Wohnungsmarktberichtes 2017
Vorlage: FB 56/0227/WP17**
- 6 **Projekte zur Integration 2019 – Beschlussfassung über die Mittelverteilung
Vorlage: FB 56/0228/WP17**
- 7 **Berichte aus den Gremien - öffentlicher Teil**
- 8 **Mitteilungen der Verwaltung**
- 9 **Verschiedenes**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates vom 07.11.2018
(nichtöffentlicher Teil) :**
Vorlage: FB 56/0225/WP17

- 2 **Bericht über die ersten zwei Fortbildungsmodule des Integrationsrates:**
Vorlage: FB 56/0229/WP17

- 3
 - a) **Fragen an die Verwaltung:**
 - b) **Berichte aus den Gremien - nichtöffentlicher Teil:**

- 4 **Mitteilungen der Verwaltung:**

- 5 **Verschiedenes:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Blume, die Integrationsratsvorsitzende, begrüßt die Mitglieder des Integrationsrates und die Gäste.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Herr Özbay bittet, die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um einen Punkt 3a „Fragen an die Verwaltung“ zu erweitern. Dieser Antrag wird mit einer Enthaltung vom Integrationsrat angenommen.

Es werden keine weiteren Anmerkungen, Ergänzungen und/oder Änderungen zur Tagesordnung vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates vom 07.11.2018 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 56/0224/WP17

Herr Özbay bezieht sich auf seine Aussagen zu TOP 9, Seite 12 der Niederschrift und teilt mit, er hat ergänzend vorgetragen, dass er vorschlägt, Wahlwerbung auf markanten Plätzen in der Stadt auf Billboards zu präsentieren.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Integrationsrat genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates vom 07.11.2018 (öffentlicher Teil).

zu 3 Änderung des § 27 Gemeindeordnung NRW

Vorlage: FB 56/0226/WP17

Herr Kelttek berichtet mündlich über die Änderungen des § 27 der Gemeindeordnung, wie sie aus der Anlage zu TOP 3 ersichtlich sind; insbesondere:

- die Änderung der Überschrift des § 27 von „Integration“ in „Politische Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte“
- die automatische Erstellung eines Wählerverzeichnisses durch die Gemeinde und damit für viele Wahlberechtigte den Wegfall des Aufwandes, dass man sich in ein Wählerverzeichnis eintragen lassen muss, sofern die Einbürgerung in der Wohnortstadt stattgefunden hat.
- Den Auslagenersatz für Mitglieder des Integrationsrats, der in Absatz 7 enthalten ist.

Frau Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen, hat die Forderungen des Landesintegrationsrates weitgehend unterstützt, insbesondere dahingehend, dass die Anzahl der Ratsmitglieder im Integrationsrat die Minderheit darstellt. Zugleich ist die Einbeziehung der Ratsmitglieder von großer Bedeutung. Diese können die Ideen des Integrationsrates in den Rat weiter tragen. Die Entscheidung, sachkundige Bürger in den Integrationsrat mit Stimmrecht aufzunehmen, sieht er kritisch, da es sich bei diesen nicht um gewählte Vertreter handelt. Ob ein Integrationsrat gute Arbeit leistet, hängt davon ab, ob die Mitglieder sich ihrer Verpflichtung bewusst sind und regelmäßig zu Sitzungen erscheinen und dort produktiv mitarbeiten. Zudem ist es wichtig, dass die Arbeit des Integrationsrates von der Verwaltung und der Politik unterstützt wird.

Für ihn ist der Integrationsrat in seiner jetzigen Form die beste Lösung, da er die größtmögliche politische Mitbestimmung beinhaltet. Migrantenvertreter haben hier die Möglichkeit, sich mit Ratsmitgliedern auszutauschen und gemeinsam auf Augenhöhe zu beraten. Sie können so gleichberechtigt mit Ratsmitgliedern in einem Gremium die Gesellschaft mit gestalten und er appelliert an alle Integrationsratsmitglieder, diese Chance zu nutzen.

Herr Özbay dankt Herrn Kelttek für die Ausführungen. Er fragt nach, warum die Einrichtung eines Integrationsausschusses überhaupt diskutiert wurde.

Herr Kelttek erwidert, dass der Koalitionsvertrag in Hektik erstellt wurde und das zunächst geplante Modell des Integrationsausschusses ein Fehler war.

Herr Georgiadis fühlt sich davon diskriminiert, dass dem Integrationsrat auch Ratsmitglieder angehören, da diese nicht von Migranten gewählt wurden. Zudem kritisiert er die Existenz des Integrationsrates an sich, da dieser keine Entscheidungsbefugnisse habe und kein Geld zu verteilen habe.

Herr Keltok erläutert, dass ein Integrationsrat ohne Ratsmitglieder rechtlich nicht möglich ist. Er verweist nochmals auf die Vorteile, wenn Ratsmitglieder mit Migrantenvertretern gleichberechtigt zusammen arbeiten. Nur mit deren Hilfe können Ratsbeschlüsse erwirkt werden.

Frau Fröhlich bittet alle Parteien, nur Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in den Integrationsrat zu entsenden. Sie fragt nach, ob für den Nachweis der Wahlberechtigung immer die Einbürgerungsurkunde erforderlich ist, oder ob der Personalausweis ausreicht.

Herr Keltok erläutert, dass, wenn die Einbürgerung in der Wohnortskommune stattgefunden hat, man automatisch eine Wahlbenachrichtigung erhält. Wurde man in einer anderen Stadt eingebürgert, muss man sich als wahlberechtigt eintragen lassen.

Für viele Wahlberechtigte sei die Orientierung über Listen schwierig. Er regt an, dass die Parteien Listen erstellen sollten, um die Positionen der Kandidaten zu verdeutlichen.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Integrationsrat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 4 Abschlussbericht des Projektes "NRWeltoffen" der Volkshochschule Aachen

Vorlage: E 42/0101/WP17

Frau Distelrath von der Volkshochschule Aachen präsentiert die Ergebnisse des Projektes „NRWeltoffen“ mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1). Sie verweist auf die ausgelegte Broschüre „Gemeinsam für ein weltoffenes Aachen“. Eine ausführliche Version der bisherigen Ergebnisse des Projektes und des lokalen Handlungskonzepts wird demnächst im Internet zur Verfügung stehen.

Herr Georgiadis ist der Ansicht, dass das Grundproblem der Integration mangelnde Sprachkenntnisse sind. Die VHS biete zu wenige Sprachkurse an und private Lehrer seien zu teuer.

Frau Dr. Blüggel stellt klar, dass die VHS ausreichend Sprachkurse anbietet und niemand wegen Platzmangel abgelehnt wird.

Frau Fröhlich bedankt sich für den interessanten Vortrag. Unter Bezugnahme auf S. 7 der ausgelegten Broschüre (Anlage 2) regt sie an, dass die dort aufgeführten Organisationen Ihre Arbeit im Integrationsrat vorstellen.

Frau Epstein bittet um Mitteilung, was die neuen Schwerpunkte des Projektes „NRWeltoffen“ im nun weiterbewilligten Zeitraum sind.

Frau Distelrath bestätigt, dass die Finanzierung des Projektes für ein weiteres Jahr gesichert ist. Schwerpunkt in 2019 wird sein, die erarbeiteten Handlungsempfehlungen umzusetzen. Rassismus ist ein großes Problem in Aachen und die Menschen müssen hierfür sensibilisiert werden.

Frau Scheidt weist drauf hin, dass Rassismus in allen Gruppierungen diskutiert werden muss und für alle Religionen und Nationalitäten gleichermaßen ein Problem darstellt.

Sie ist selber Mitglied im Gremium „Runder Tisch gegen Rechts“ und weist darauf hin, dass die dort behandelten Inhalte nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Es handelt sich um ein großes Gremium mit 25 Mitgliedern, das 1-mal im Monat tagt. Sie hält es für sinnvoll, dass Herr Lohe, der Vorsitzende, die Aufgaben des „Runden Tisch gegen Rechts“ im Integrationsrat vorstellt.

Herr Özgün fragt nach, ob es Kooperationen mit Migrantenvertretungen gibt.

Frau Distelrath berichtet, dass der „Dialog der Religionen“ an der Konzeptentwicklung beteiligt war und die Einbindung weiterer Migrantenvertretungen bei der Umsetzung geplant ist.

Herr Pivovarov interessiert sich dafür, wie viele Menschen im ersten Projektabschnitt bereits erreicht werden konnten.

Frau Distelrath erklärt, dass sich der erste Abschnitt auf die Konzeptentwicklung fokussiert hat. Wie viele Menschen insgesamt durch Postkartenbefragung und Interviews beteiligt werden konnten, wird noch ermittelt.

Frau Fröhlich bittet um Mitteilung, ob bereits Mitarbeiterschulungen des Ausländeramtes zum Thema „interkulturelle Öffnung“ stattgefunden haben. Sie berichtet von einer Veranstaltung zum Thema „Holocaust“, an der sie teilgenommen hat, und stellt Informationsmaterial zu weiteren Veranstaltungen zu diesem Thema zur Verfügung (Anlage 3).

Herr Bruynswyck widerspricht den Aussagen von Herrn Georgiadis ausdrücklich und bestätigt, dass seitens der VHS ausreichend Sprachkurse angeboten werden.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Integrationsrat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

INT/28/WP.17

Ausdruck vom: 20.02.2019

Seite: 8/17

zu 5 Vorstellung des Wohnungsmarktberichtes 2017**Vorlage: FB 56/0227/WP17**

Frau Duikers gibt mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1) einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Wohnungsmarktberichts. Ergänzend verweist sie auf die ausgedruckte Version des Wohnungsmarktberichts, die sie in der Sitzung zur Verfügung stellt.

Frau Fröhlich ist der Ansicht, dass die öffentlich geförderten Wohnungen oft zu klein für Familien sind.

Frau Duikers erklärt, dass die Entscheidung über die Wohnungsgröße der öffentlich geförderten Wohnungen mit allen beteiligten Akteuren abgesprochen wird und entsprechend den festgestellten Bedarfen geplant wird.

Frau Epstein fragt nach, ob im Wohnungsmarktbericht erfasst ist, wie viele barrierefreie Wohnungen es in Aachen gibt und wie hoch hier ein eventueller Fehlbedarf ist.

Frau Duikers verweist auf die Problematik, dass nicht eindeutig festgelegt ist, was „barrierefrei“ bedeutet. Im öffentlichen Bereich gibt es hierzu Statistiken; im Bereich der privaten Wohnungen nicht.

Frau Blume gibt zu bedenken, dass ältere Menschen gerne in kleinere Wohnungen umziehen würden; diese aber auch von Studenten benötigt würden. Es gibt viele Leerstände in Aachen, die man in Wohnraum umwandeln sollte, z.B. Teile der Aachen Arkaden.

Frau Duikers teilt mit, dass keine Konkurrenz zwischen älteren Menschen und Studierenden bei der Wohnungssuche bekannt ist. Studierende nutzen oft größerer Wohnungen im Rahmen von Wohngemeinschaften.

Die Leerstände in Aachen sind bekannt; sofern dies möglich ist, wird hier ein Umbau in Wohnungen gefördert. Bei den Aachen Arkaden ist dies aus bauordnungsrechtlichen Gründen nicht möglich.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Integrationsrat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 6 Projekte zur Integration 2019 – Beschlussfassung über die Mittelverteilung**Vorlage: FB 56/0228/WP17**

Herr Demmer fragt nach, ob der Tag der Integration in 2019 wieder an zwei Tagen stattfindet und ob er diesmal professioneller gestaltet wird und die geplante Finanzierung mit dem Bistum abgeklärt ist.

Herr Frankenberger bestätigt, dass, genau wie in 2018, auch für 2019 wieder angedacht ist, die Veranstaltung auf zwei Tage auszudehnen. Die Finanzierung ist in den letzten Jahren immer sehr knapp gewesen, weswegen die Technik z.B. nicht von den Technikern des Eurogress, sondern von Studierenden übernommen wurde. Hierdurch ist es letztes Jahr zu technischen Schwierigkeiten gekommen; dies möchte man dieses Jahr vermeiden und den Tag insgesamt professioneller gestalten. Um das zu ermöglichen, wurde eine Erhöhung der Ausgaben für den Tag der Integration 2019 um 5.000 € eingeplant. Dies bedeutet auch, dass auf die Unterstützung von Sponsoren und Spenden verzichtet werden kann. Es ist geplant, im Vorfeld mehr Öffentlichkeitsarbeit zu machen und, falls möglich, zwei Moderatoren statt bislang einen Moderator zu beauftragen.

Mit dem Bistum ist man hierüber im Gespräch. Nach dem Votum des Integrationsrates werden die weiteren Abstimmungen mit dem Bistum stattfinden.

Frau Scheidt unterstützt das Vorhaben der Verwaltung, den Tag der Integration durch professionelle Moderation moderner zu gestalten. Sie hofft, dass sich hierdurch mehr Personen angesprochen fühlen. Sie wünscht sich moderne Musik und Beiträge, mit denen sich die Menschen identifizieren können. Es ist wichtig, sich auf Gemeinsamkeiten zu fokussieren und nicht, die Unterschiede in den Kulturen darzustellen.

Frau Höller-Radtke stimmt dem Vorgenannten zu. Es geht darum, zu zeigen „WIR sind Aachen“. Sie unterstützt die Erhöhung des Budgets für den Tag der Integration um 5.000 €.

Frau Fröhlich ist gegen die Erhöhung der Ausgaben für den Tag der Integration. Man benötigt keine „Schicki-Micki“-Veranstaltung; es geht beim Tag der Integration darum, dass sich die verschiedenen Kulturen vorstellen. Der Integrationsrat sollte dies als Möglichkeit sehen, mit den Bürgern in Kontakt zu treten.

Bei ihren weiteren Ausführungen beleidigt Frau Fröhlich die anwesenden Ratsmitglieder.

Frau Scheidt stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, Frau Fröhlich zur Ordnung zu rufen.

Nach Beratung ruft Frau Blume Frau Fröhlich zur Ordnung auf und fordert den gesamten Integrationsrat auf, vernünftig miteinander umzugehen.

Frau Epstein fragt nach, warum als Veranstaltungsdatum wieder das erste Wochenende im September gewählt wurde, obwohl dann bekanntermaßen die Verleihung des Aachener Friedenspreises stattfindet.

Herr Ghaie unterstützt die Aussagen von Frau Scheidt; nicht die Unterschiede, sondern die Gemeinsamkeiten müssen dargestellt werden und es werden neue Ideen gebraucht.

Herr Demmer stellt klar, dass Inhalt des Multi-Kulti-Festes die unterschiedliche Folklore und Verköstigung ist, und sich der Tag der Integration hiervon unterscheiden soll.

Herr Frankenberger betont, dass der Eurogress als Veranstaltungsort für den Tag der Integration eine Wertschätzung darstellt. Die Anmietung des Eurogress ist sehr teuer; nur am 1. September-Wochenende gewährt das Eurogress einen Sonderpreis, so dass die Anmietung finanziell überhaupt möglich ist. Letztes Jahr hat eine Befragung der Teilnehmer durch die KatHo stattgefunden; hieraus konnten erste Erkenntnisse gewonnen werden. Der Abschlussbericht zu dieser Evaluation wird derzeit erstellt; wahrscheinlich kann er am 21.02.19 im Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie vorgestellt werden und würde dann in der nächsten Sitzung des Integrationsrates präsentiert.

Auf die Frage, ob 21.000 € oder 41.000 € für Sprachkurse eingeplant wurden und ob es Statistiken dazu gibt, wie viele Teilnehmer an den finanzierten Sprachkursen teilnehmen und welche Sprachen angeboten werden antwortet Herr Frankenberger, dass für die Sprachkurse insgesamt 41.000 € kalkuliert wurden; 21.000 € sind hierfür bereits verplant, die restlich 20.000 € können noch frei vergeben werden. Er bietet an, in der nächsten Sitzung einen Tagesordnungspunkt zum Thema „Zusammensetzung der Sprachkurse und Zusammenarbeit der verschiedenen Sprachkursanbieter“ auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Demmer schlägt folgende Änderungen in der Mittelaufstellung 2019 vor:

- Bei III, AK Integration durch Sport, Erhöhung um 1.000 € auf 4.000 €
- Bei IV, Veranstaltung von Migrantorganisationen, Erhöhung um 1.000 € auf 8.000 €
- Bei V.2, anstehende Maßnahmen und Aktivitäten des Integrationsrates, Erhöhung um 2.000 € auf 4.000 €, so dass der Ansatz dort insgesamt 7.000 € beträgt
- Bei VI. Projektanträge zur Integration, eine Reduzierung um 4.000 € zur Deckung der o.g. Erhöhungen.

Frau Scheidt kann die Ausführungen von Herrn Frankenberger, warum der Tag der Integration am ersten Septemberwochenende stattfindet, nachvollziehen. Ergänzend weist sie darauf hin, dass die

Veranstaltung zur Verleihung des Aachener Friedenspreises erst um 17 Uhr beginnt und man daher an beiden Veranstaltungen teilnehmen kann.

Zu den Sprachkursen fragt sie nach, ob eine Evaluation möglich ist, mit welchen Ergebnissen die TeilnehmerInnen die Sprachkurse abschließen. Ziel sollte sein, dass die Sprachkurse mindestens mit Niveau B1 / B2 abgeschlossen werden, damit die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit möglich ist. Gerade Frauen würden dieses Sprachniveau oft nicht erreichen, sondern nur an niedrighschwelligen Angeboten teilnehmen, die aber deren berufliche Benachteiligung mit sich ziehen.

Sie bittet, diese Problematik in der nächsten Sitzung des Integrationsrates zu behandeln.

Frau Höller-Radtke schließt sich den Aussagen von Frau Scheidt an.

Herr Özgün ist der Ansicht, dass der Tag der Integration alle Menschen ansprechen soll und daher besser nicht im Eurogress, sondern in der Mitte der Gesellschaft, am besten im Bereich Rathaus / Markt und Katschhof, stattfinden sollte.

Frau Blume fragt, ob die Dolmetscher aus dem Dolmetscherpool Geld für Übersetzungen erhalten.

Frau Dogan erklärt, dass der Dolmetscherpool des PÄZ aus Landesmitteln finanziert wird. Die Dolmetscher werden vom PÄZ eingestellt und bezahlt.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushaltsplans 2019 die Verwendung der Mittel für Projekte zur Integration gem. der Anlage 1 mit folgenden Änderungen:

- Bei III, AK Integration durch Sport, Erhöhung um 1.000 € auf 4.000 €
- Bei IV, Veranstaltung von Migrantenorganisationen, Erhöhung um 1.000 € auf 8.000 €
- Bei V.2, anstehende Maßnahmen und Aktivitäten des Integrationsrates, Erhöhung um 2.000 € auf 4.000 €, so dass der Ansatz dort insgesamt 7.000 € beträgt
- Bei VI. Projektanträge zur Integration, eine Reduzierung um 4.000 € zur Deckung der o.g. Erhöhungen.

und empfiehlt dem Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie der vorgesehenen Verwendung der Mittel aus dem PSP-Element 4-050501-901-3/53180000 „Projekte zur Integration“ zuzustimmen.

zu 7 Berichte aus den Gremien - öffentlicher Teil

Keine.

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

Keine.

zu 9 Verschiedenes

Herr Georgiadis bittet, das Problem der Bezuschussung der Vereine in der nächsten Sitzung des Integrationsrates in einem Tagesordnungspunkt zu diskutieren.

Frau Dogan bietet bei Rückfragen eine persönliche Beratung an.

Es folgt eine lebhafte Diskussion, in der sich herausstellt, dass Herr Georgiadis nicht die Projektanträge zur Integration meint, sondern die Zuschüsse an Ausländervereine.

Frau Blume bittet Herrn Georgiadis, diesen Antrag schriftlich zu stellen.

Herr Demmer stellt klar, dass im Integrationsrat keine Haushaltsdiskussionen stattfinden. Ggfs kann die Verwaltung, eventuell im nichtöffentlichen Teil, eine Erläuterung zu der Höhe und Zusammensetzung der Zuschüsse an die Ausländervereine geben.

Frau Fröhlich bezieht sich auf S. 11 der Niederschrift vom 07.11.18 und fragt nach, warum in dieser Sitzung die Aktualisierung der Website nicht thematisiert wurde.

Herr Demmer ergänzt, dass auch die Aktualisierung der Flyer nicht behandelt wurde.

Frau Wölk erklärt, dass sie sowohl bezüglich der Website als auch der Flyer auf die Vorgabe von Inhalten aus dem Integrationsrat angewiesen ist. Bislang hat sie noch keine Inhalte und Vorschläge genannt bekommen.

Frau Blume bestätigt, dass sie von den Mitgliedern des Integrationsrates keine Mails hierzu erhalten hat.

Sie bittet den Integrationsrat nochmals ausdrücklich, ihr Vorschläge per Mail zu übersenden, damit diese Punkte in der nächsten Sitzung besprochen werden können.

Herr Frankenberger verdeutlicht nochmals, dass Aufgabe von der Verwaltung und insbesondere des Fachbereichs Presse und Marketing nur ist, Hilfestellung beim Layout und der Machbarkeit zu geben. Der Integrationsrat selber muss konkrete Themen und konkrete Änderungswünsche vorschlagen.

Frau Blume bietet an, per Mail eine Doodle-Abfrage für einen Besprechungstermin an alle Integrationsratsmitglieder zu senden. In dem Termin soll dann die Änderung des Flyers und der Website diskutiert werden. Von der Verwaltung hat sie einen Muster-Flyer des Landesintegrationsrates erhalten, der als Grundlage für den Flyer des Integrationsrates der Stadt Aachen genommen werden kann. Das Ergebnis dieses Besprechungstermin wird sie an Frau Wölk und Herrn Frankenberger weiterleiten.

Frau Fröhlich fragt nach, ob es Richtlinien für Website und Flyer gibt, an die man sich halten muss.

Frau Wölk bietet an, hierüber in der nächsten Sitzung einen Überblick zu geben.

TOP 4 - Anlage 1



Gemeinsam für ein weltoffenes Aachen-

Lokales Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Referentin: Laura Distelrath, Projektleitung

NRWeltoffen

demokratie
leben

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



vhs

Volkshochschule
Aachen

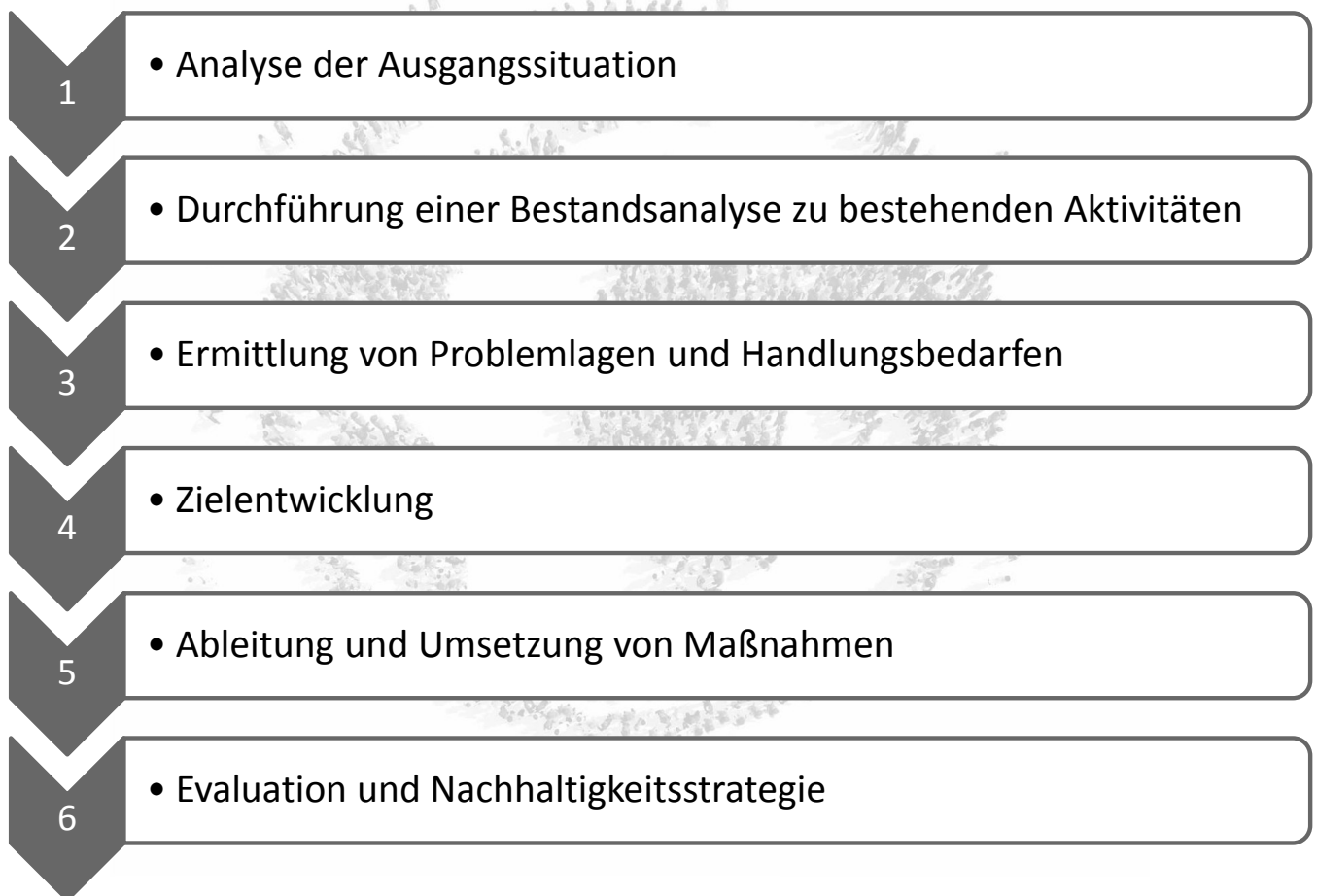
stadt aachen

1

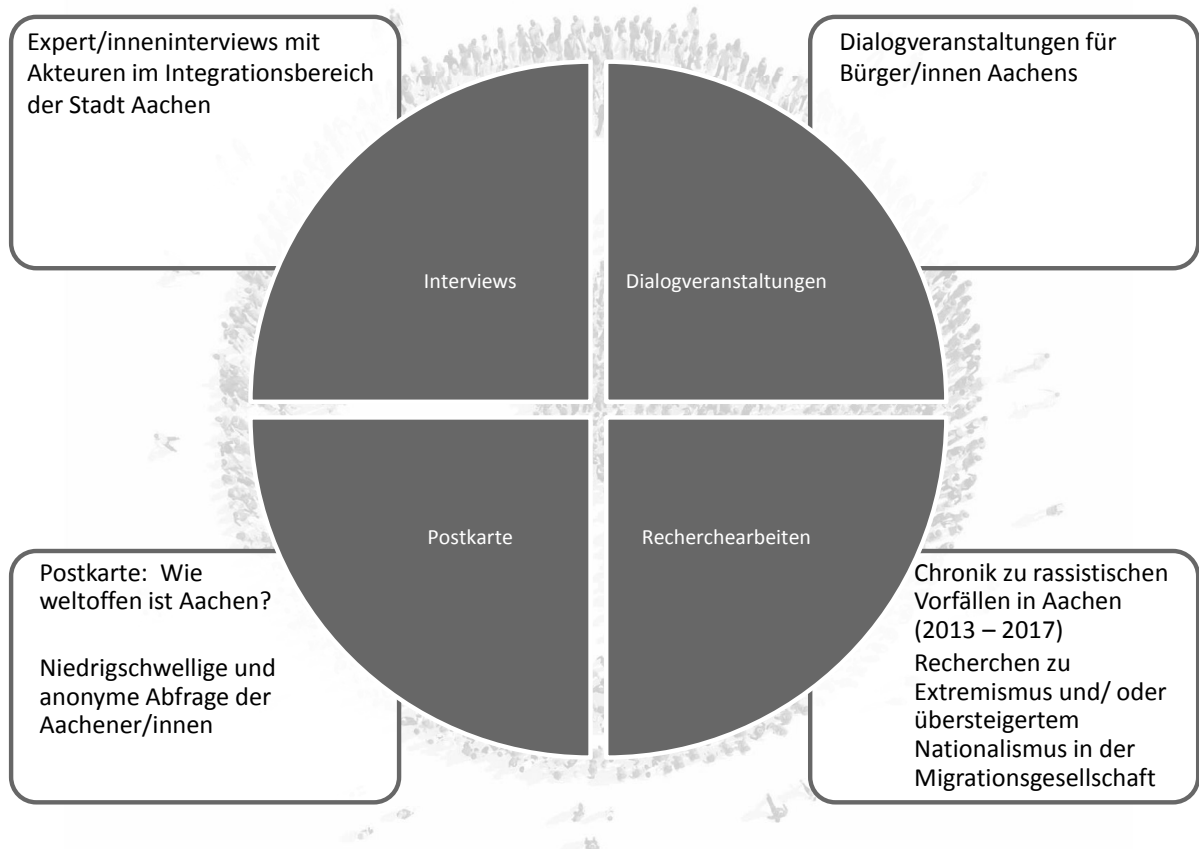
1. Einleitung

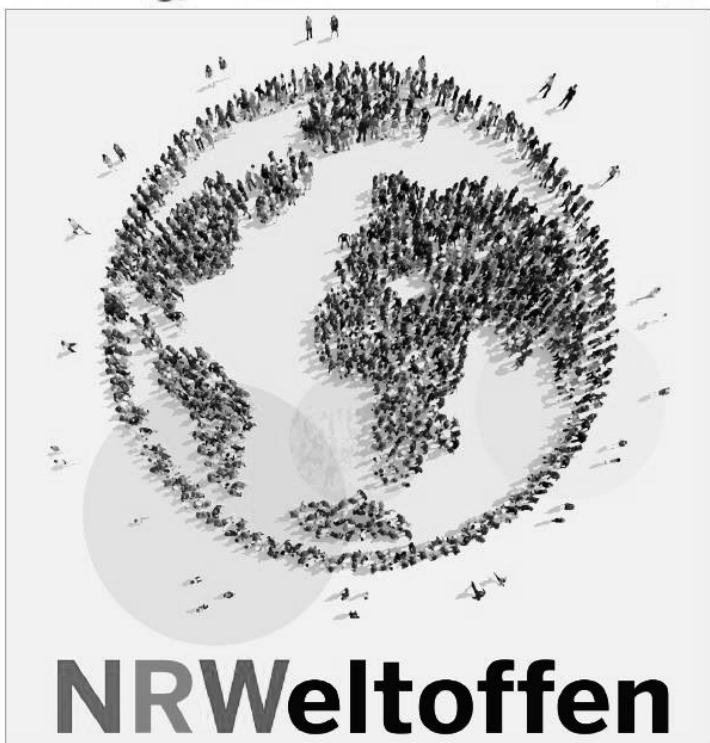
- Etablierung einer lokalen Strategie gegen Rechtsextremismus durch den „Lokalen Aktionsplan“ (2011 bis 2014)
- VHS wurde mit der Weiterentwicklung beauftragt (Partnerschaft für Demokratie)
- Landesprogramm NRWeltoffen fokussiert Rassismus sowie Ungleichwertigkeitsideologien in der Migrationsgesellschaft
- Ziel: Erarbeitung eines lokalen Handlungskonzeptes gegen Rassismus und Rechtsextremismus

2. Ablauf Konzeptentwicklung:



Ausgangs- und Bedarfsanalyse





NRWEltoffen

Wie weltoffen ist Aachen?

www.vhs-aachen.de



Wie weltoffen ist Aachen?

Dieser Frage geht das Landesprogramm NRWEltoffen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Aachens nach. Bitte vervollständigen Sie die beiden Sätze.

Aachen ist weltoffen, weil ...

Aachen ist nicht weltoffen, weil ...

Laura Distelrath

Volkshochschule Aachen, Peterstraße 21–25, Telefon: 0241 4792-177

E-Mail: laura.distelrath@mail.aachen.de

www.vhs-aachen.de/vhs/nrweltoffen.htm, NRWEltoffenAachen

NRWEltoffen

**demokratie
leben**

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



NRWEltoffen

**demokratie
leben**

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen

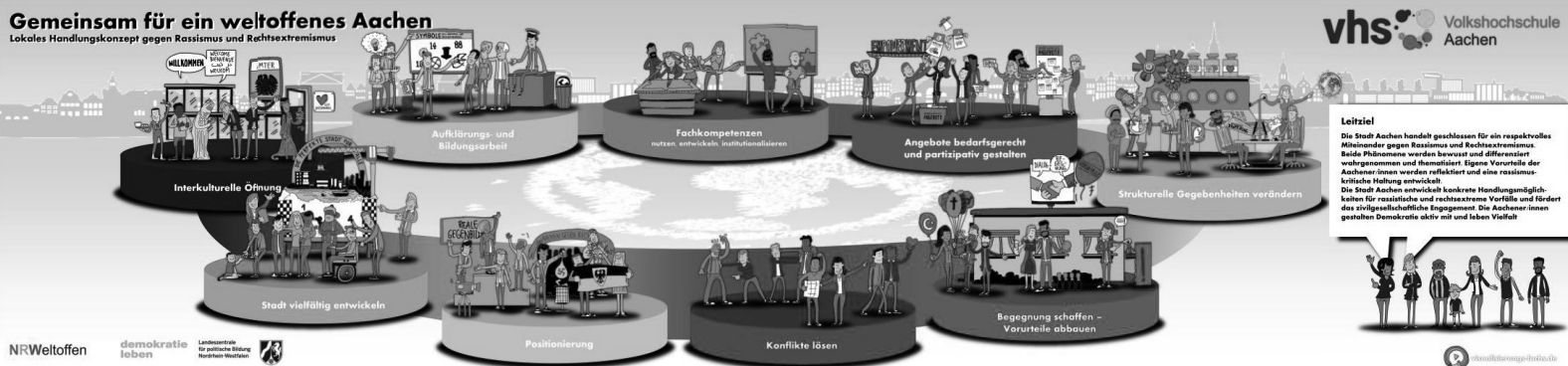


vhs

Volkshochschule
Aachen



3. Ergebnisse





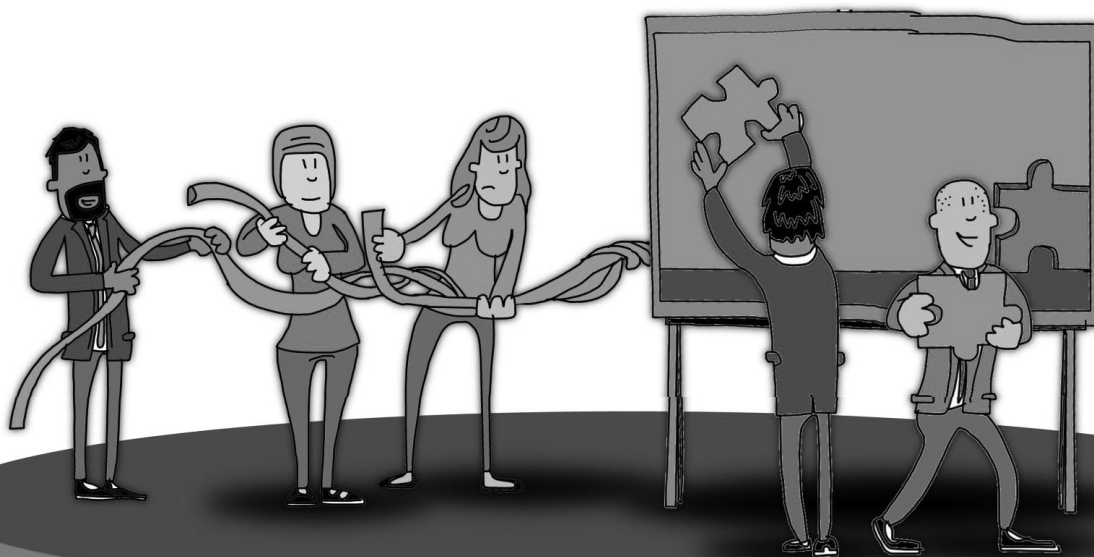
Interkulturelle Öffnung

Aachener Institutionen schaffen Rahmenbedingungen für eine interkulturelle Öffnung und internalisieren Vielfalt. Hierfür besuchen alle Mitarbeiter/innen interkulturelle und rassismuskritische Schulungen und nutzen die erlernten Kompetenzen im Berufsalltag. Die Diversität der Aachener Bevölkerung spiegelt sich auch in der Personalstruktur der Institutionen wider. Diese bieten diversitätssensible Unterstützungsangebote an und sind mehrsprachig aufgestellt.



Aufklärungs- und Bildungsarbeit

In Aachen wird eine kontinuierliche Aufklärungsarbeit bzgl. Rassismus und Rechtsextremismus geleistet und eine herkunftssensible Erinnerungskultur gepflegt. Gezielte Präventions- und Bildungsangebote werden entwickelt und stehen den Aachenerinnen und Aachenern zur Verfügung.



Fachkompetenzen
nutzen, entwickeln, institutionalisieren

Fachkompetenzen

Fachkompetenzen werden in Aachen genutzt, (weiter)entwickelt und institutionalisiert.

- Kompetenzen von Menschen mit Migrationshintergrund werden genutzt.
- Expertinnen und Experten werden zu Rate gezogen
- Bereits bestehende Strukturen werden dauerhaft fortgeführt und durch regelmäßige wissenschaftliche Bestands- und Bedarfsanalysen weiterentwickelt.
- Fachkräfte werden fortlaufend qualifiziert.
- Für die Arbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit werden in Aachen konkrete Ansprechpartner/innen sowie ein Gremium installiert.



**Angebote bedarfsgerecht
und partizipativ gestalten**

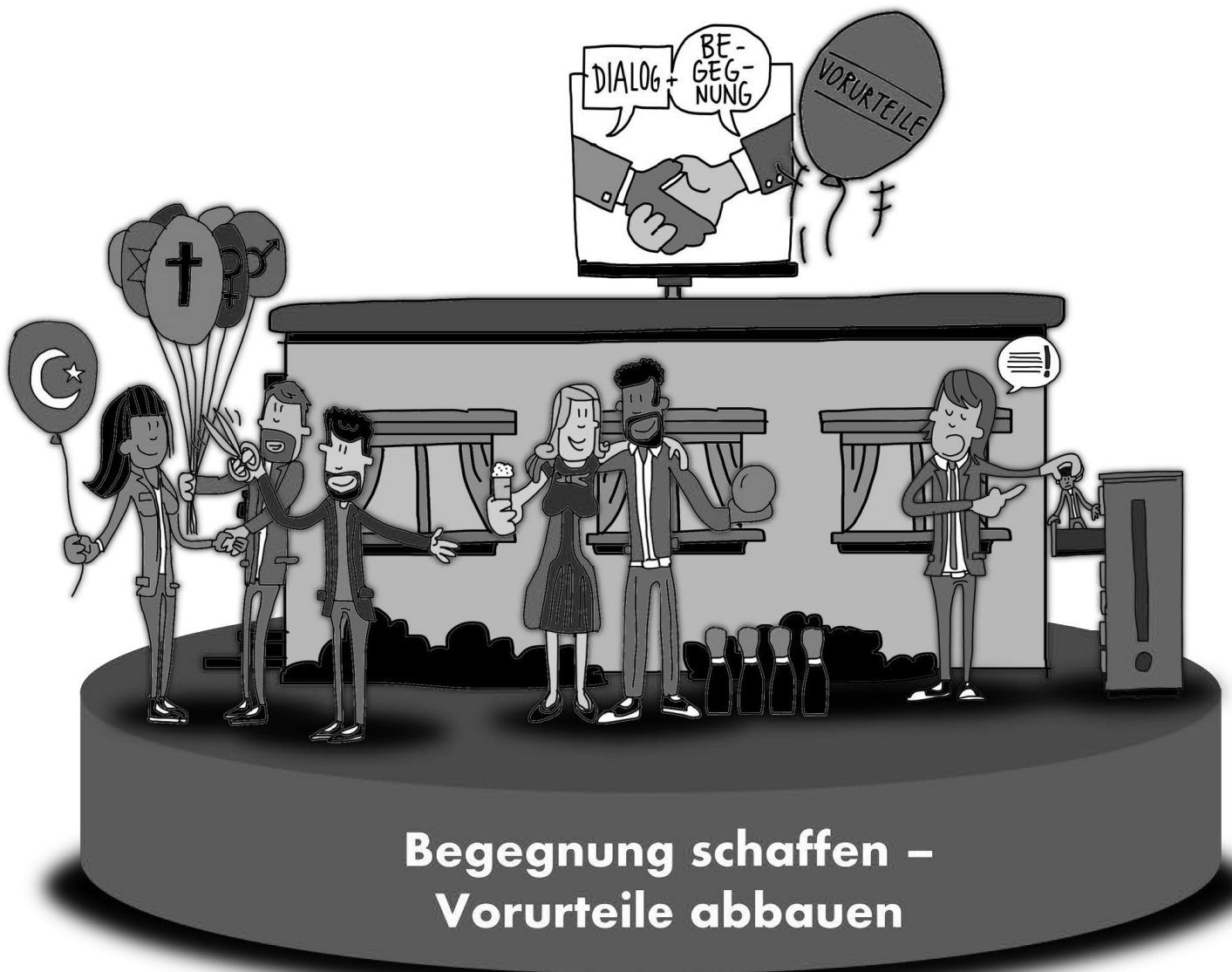
Angebote bedarfsgerecht und partizipativ gestalten

Angebote im Rahmen der Rassismus- und Extremismusbearbeitung werden bedarfsgerecht und partizipativ gestaltet. Betroffene von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit werden dazu bemächtigt, sich aktiv in die Arbeit einzubringen. Gleichzeitig wird die soziale Ungleichheit in Aachen verringert und zielgruppenübergreifende Unterstützung angeboten.



Strukturelle Diskriminierung wahrnehmen und Veränderungsimpulse setzen

In Aachen werden diskriminierende Strukturen wahrgenommen und Veränderungsimpulse angestoßen. Zur Vermeidung von Diskriminierung auf dem Arbeits- oder Wohnmarkt werden anonymisierte Bewerbungsverfahren eingeführt. Fördermittel werden langfristig zur Verfügung gestellt und Antragsformalitäten vereinfacht.



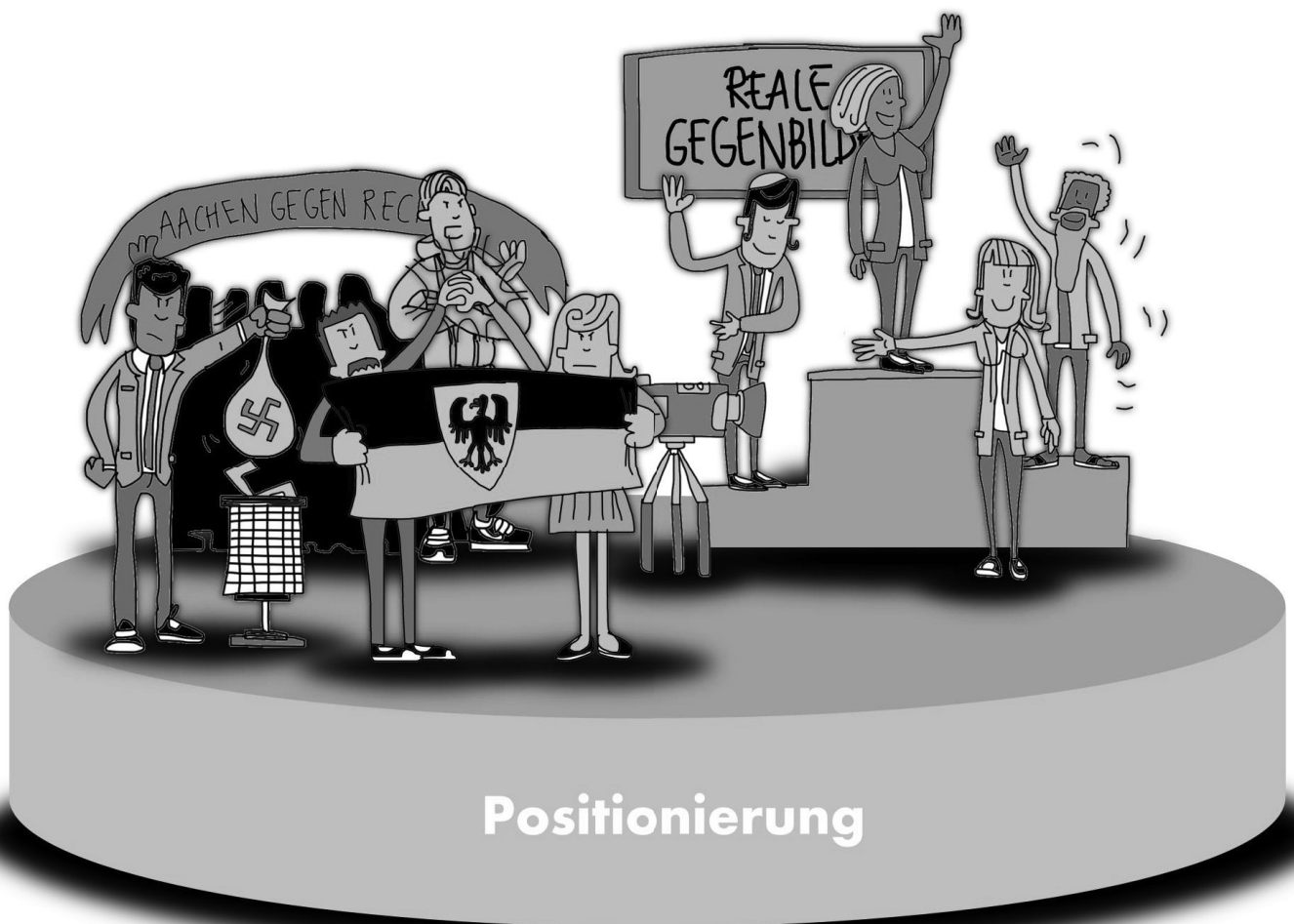
Begegnung schaffen – Vorurteile abbauen

Durch die Bereitstellung von diversitätssensiblen und sicheren Räumen finden Begegnungen unabhängig von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder der sexuellen Identität auf Augenhöhe statt. Der Dialog wird gemeinsam gesucht und friedlich gestaltet.



Konflikte lösen

Bestehende Konflikte werden in Aachen mit Hilfe professioneller Unterstützung gelöst. Es findet eine Besinnung auf Gemeinsamkeiten statt. Gleichzeitig wird dafür Sorge getragen, dass Grundbedürfnisse der Menschen befriedigt sind.



Positionierung

Die Stadt Aachen positioniert sich klar gegen jegliche Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, thematisiert Probleme und fordert die Verständigung sowie die Einhaltung von Grundwerten. In Aachen werden aktiv Gegenbilder zur negativen Berichterstattung der Medien gezeigt.



Stadt vielfältig entwickeln

Die Diversität der Aachener Bevölkerung wird auch im Bereich der Stadtplanung mitgedacht. So werden der soziale Wohnungsbau sowie die dezentrale Unterbringung von Neuzugewanderten gefördert. Angsträume innerhalb der Stadt werden durch bauliche Maßnahmen beseitigt. Im Rahmen der Quartiersarbeit werden die Themen Rassismus und Rechtsextremismus in den einzelnen Stadtteilen Aachens gezielt bearbeitet.

Leitziel

Die Stadt Aachen handelt geschlossen für ein respektvolles Miteinander gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Beide Phänomene werden bewusst und differenziert wahrgenommen und thematisiert. Eigene Vorurteile der Aachener/innen werden reflektiert und eine rassistuskritische Haltung entwickelt. Die Stadt Aachen entwickelt konkrete Handlungsmöglichkeiten für rassistische und rechtsextreme Vorfälle und fördert das zivilgesellschaftliche Engagement. Die Aachener/innen gestalten Demokratie aktiv mit und leben Vielfalt



Fazit

- breites Problembewusstsein für den lokalen Rechtsextremismus und erfolgreiche Handlungsmaßnahmen
- Rassismus hingegen ist für die Aachener/innen nicht eindeutig zu identifizieren
- Ein Bewusstsein eines gesamtgesellschaftlichen Rassismus ist nicht vorhanden, so werden rassistische Einstellungen in erster Linie als Randerscheinung von extremistischen Gruppierungen wahrgenommen.



Gemeinsam für ein weltoffenes Aachen-

Lokales Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Referentin: Laura Distelrath, Projektleitung

NRWeltoffen

demokratie
leben

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



vhs

Volkshochschule
Aachen

stadt aachen

3. Situationsanalyse der Stadt Aachen

3.1 Situationsbeschreibung

Aachen ist eine durch Vielfalt geprägte Stadt, die sich besonders aufgrund ihrer Grenznähe durch eine Tradition des Miteinanders von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen, religiösen oder weltanschaulichen Orientierungen auszeichnet. Heute hat jeder dritte Mensch in Aachen eine Migrationsgeschichte.¹⁶ Für ein weltoffenes Aachen stehen seit August 2000 der *Aachener Appell gegen Rechts*¹⁷ und als Gremium der *Runde Tisch gegen Rechtsextremismus*, in dem, unter Leitung des Oberbürgermeisters, die Fraktionen, der Leiter des Ordnungsamtes, der Polizeipräsident sowie u.a. Vertreter/innen der StädteRegion Aachen, der Religionsgemeinschaften, der Volkshochschule Aachen, der Opferberatung Rheinland und des Deutschen Gewerkschaftsbundes vertreten sind. Mit dem neuen Integrationskonzept der Stadt Aachen folgt im Jahr 2018 auch die Formulierung einer Aachener Haltung als „menschengerechtes Gegenkonzept zu rassistischen und menschenfeindlichen Haltungen“.¹⁸

Nach wie vor gibt es jedoch in Aachen auch Vorbehalte und feindliche Einstellungen gegenüber bestimmten Gruppen, die auf Ablehnung von Toleranz und Vielfalt zielen. Während der autochthone Rechtsextremismus in der Region Aachen durch das Bundesprogramm *Demokratie leben!* bereits gut beschrieben ist, liegen Formen von Rassismus, Rechtsextremismus oder Nationalismus in der Migrationsgesellschaft in einem Dunkelfeld. Gleichzeitig ist nicht ausreichend erfasst, inwieweit Menschen mit Migrationsgeschichte mit Rassismus und Diskriminierung konfrontiert werden. Das Projekt *NRWeltoffen* spricht hier gezielt in Aachen lebende Menschen an, um gemeinsam der Frage nachzugehen, wie weltoffen Aachen wirklich ist.

¹⁶ Vgl. Stadt Aachen (2018): Integrationskonzept Aachen 2018. Aachen – das sind wir alle! S. 10

¹⁷ Siehe Anhang

¹⁸ Stadt Aachen (2018): Integrationskonzept Aachen 2018. Aachen – das sind wir alle! S. 9. (siehe Anhang)

Unter dem Eindruck der vermehrten Zuwanderung mehren sich rassistische sowie rechtsextreme Äußerungen und auch Taten. Demgegenüber steht ein enormes Engagement der Aachener Bevölkerung, sich gegen diese Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit einzusetzen und Betroffene zu unterstützen. Neben Ad-hoc-Bündnissen wie *Wir sind Aachen – Nazis sind es nicht* oder *Aachen stellt sich quer* existiert außerdem ein breites Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren in unterschiedlichen Initiativen und Projekten. Einige davon finden sich zu konkreten Anlässen zusammen und reagieren oftmals anlassbezogen auf direkte Herausforderungen. Die wichtigsten Beteiligten werden im Folgenden vorgestellt:

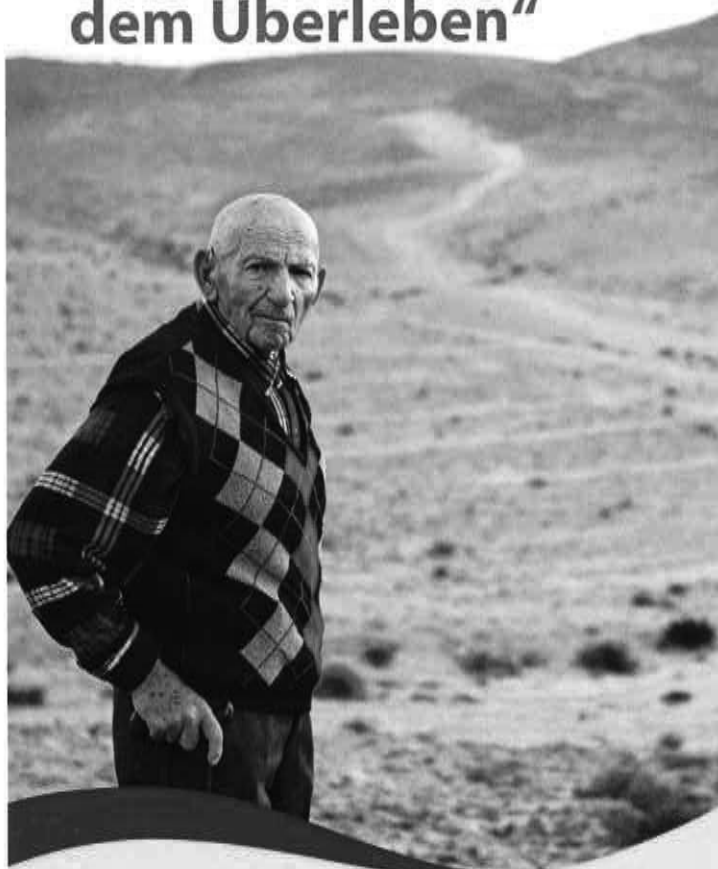
Kirche gegen Rechts ist ein Netzwerk, welches 2008 aufgrund zunehmender Aktivitäten von Neonazis in der Region gegründet wurde. Der ökumenische Arbeitskreis wird von christlichen Initiativen und Trägern aus dem Gebiet des Kirchenkreises Aachen und der Bistumsregion Aachen-Stadt organisiert.

Das **Netzwerk Aachener Schulen gegen Gewalt** besteht aus Lehrkräften, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern aus mehr als 20 Aachener Schulen. Sie bieten Anti-Rassismus-Trainings sowie Informationsveranstaltungen an. Zudem organisieren sie den *Aachener Friedenslauf* und die Finanzierung von Stolpersteinen.

Der **Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) der Region NRW-Süd-West** legt einen seiner Schwerpunkte auf das Thema *Aktiv gegen Rechts* in den betrieblichen Bereichen. Zudem gehört der DGB zu den zentralen Unterstützern der *Regionalkonferenz – Aktiv gegen Rechts*.

Wie bereits oben erwähnt hat die Stadt Aachen selbst auf einen Ratsbeschluss vom September 2010 das Gremium **Runder Tisch gegen Rechts** ins Leben gerufen, das neben dem Austausch der verschiedenen Organisationen auch die Verstärkung und Intensivierung der Zusammenarbeit anstrebt. Der Runde Tisch trifft sich viermal im Jahr zum Austausch über rechtsextreme Vorkommnisse und ist kein beschlussfassendes Gremium.

„Leben nach dem Überleben“



Ausstellung

Januar und Februar 2019



Aktive Region

Nachhaltige Region

BildungsRegion

Soziale Region

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für
Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen



Logisches Programm für Gruppen schulen

bietet zweistündige Workshops für Gruppen
em Vorwissen über die Geschichte des Holocausts
restens ab 9. Klasse).

rkshops werden in den Räumlichkeiten der
lung stattfinden. AMCHA empfiehlt, mindestens
30 Minuten Zeit für die Ausstellungsbesichti-
nzuplanen.

kshops sollen jeweils ab 10 bzw. ab 14 Uhr starten.
en und Terminabstimmung erfolgen mit Frau
s vom Verein AMCHA (E-Mail: a.mertens@amcha.

en Fragen?

Region Aachen

idteregionsrat

at für Soziales und Integration

unales Integrationszentrum

straße 10

Aachen

Zukunft passiert.

aedteregion-aachen.de



Im Januar und Februar 2019 zeigt das Kommunale Integrationszentrum der StädteRegion Aachen in Kooperation mit der ökumenische Citykirche St. Nikolaus, Aachen, der Herz-Jesu-Kirche, Eschweiler, und dem Verein AMCHA die Ausstellung „Leben nach dem Überleben“ in der Region.

AMCHA setzt sich für die psychologische Betreuung von Holocaust-Überlebenden und deren Familien ein. Basierend auf dem Dokumentationsprojekt „Leben nach dem Überleben“, das AMCHA Deutschland zusammen mit der Fotografin Helena Schätzle entwickelt hat, wurde die dreisprachige Wanderausstellung (Deutsch, Englisch, Hebräisch) konzipiert. Im Zentrum der Ausstellung stehen Menschen, die den Holocaust überlebt haben, und deren Familien.

Die Ausstellung wurde von AMCHA Deutschland e.V. mit Mitteln der Stiftung EVZ und des Auswärtigen Amtes auf Grundlage eines Beschlusses des Deutschen Bundestages erstellt.

Vom 15. Januar bis zum 03. Februar 2019 wird die Ausstellung in der Aachener Citykirche zu sehen sein. In Aachen kann die Ausstellung von Montag bis Freitag in der Zeit von 9 bis 19 Uhr besichtigt werden.

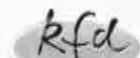
Vom 08. Februar bis zum 24. Februar 2019 ist ein Besuch der Ausstellung in der Herz-Jesu-Kirche in Eschweiler möglich. In Eschweiler kann die Ausstellung von Dienstag bis Samstag von in der Zeit 10 bis 17 Uhr besichtigt werden.



NRWeltoffen



demokratie leben



Auswärtiges Amt

Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen



Begleitet wird die Ausstellung von folgenden Veranstaltungen:

Citykirche Aachen

15. Januar 2019 | 19 Uhr

Vernissage „Leben nach dem Überleben“
in Anwesenheit der Fotografin

27. Januar 2019 | 15 Uhr

Veranstaltung zum „Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust“ mit der Klezmer-Band „Dance of Joy“

31. Januar 2019 | 19 Uhr

Lesung und Diskussion mit Sabine Adler, Autorin des Buches „Weiterleben ohne Wenn und Aber“

01. Februar 2019 | 19.30 Uhr

Lesung und Diskussion mit Jana Grossmann, Autorin des Buches „Schonzeit vorbei“

Herz-Jesu-Kirche Eschweiler

08. Februar 2019 | 19 Uhr

Vernissage „Leben nach dem Überleben“

11. Februar 2019 | 19 Uhr

Vortrag und Diskussion: Pädagogische Arbeit gegen Antisemitismus (Tom Uhlig, Bildungsstätte Anne Frank Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen)

21. Februar 2019 | 19 Uhr

Vortrag und Diskussion: Gibt es einen „neuen“ Antisemitismus? (Richard Gebhardt, Politischer Bildner und Publizist)

22. Februar 2019 | 19 Uhr

Konzert der Klezmer-Band „Dance of Joy“

24. Februar 2019 | 19 Uhr

Finissage





CITYKIRCHE
ST. NIKOLAUS

Januar/Februar

AUSSTELLUNG:

Vernissage „Leben nach dem Überleben“

Ausstellung

bis 3. Februar 2019

Lesung

31.01.2019 - 19:00 bis 20:00

Lesung des Buches: „Weiterleben ohne Wenn und Aber“ von Sabine Adler (DF) mit anschließender Diskussion; Moderation: Lukas Welz, Berl

EINTRITT frei

Lesung

01.02.2019 - 19:30 bis 21:00

Lesung des Buches „Schonzeit vorbei“ von Juna Grossmann

Moderation: Konrad Neuwirth

Juna Grossmann lebt und arbeitet in Berlin. Sie beschreibt sich als „irgendwie jüdisch, Museumspflanze, spreeverliebt und Berliner Göre.“

EINTRITT frei

Lesung

01.02.2019 - 19:30 bis 21:00

Lesung des Buches „Schonzeit vorbei“ von Juna Grossmann

Moderation: Konrad Neuwirth

Juna Grossmann lebt und arbeitet in Berlin

Stand: 29.01.2019



CITYKIRCHE
ST. NIKOLAUS

WEIßER RING

Montags: 15:00 bis 17:00 Uhr

Sprechzeit:

Die, Mi, Do : 15:00 bis 17:00 Uhr

Do: 10:00 bis 12:00 Uhr

I – Punkt:

Die, Do: 10:30 – 12:30 Uhr

Mo, Fr: 16:00 bis 18:00 Uhr

Samowar:

jeden Samstag 11 bis 13 Uhr

Stand: 29.01.2019

Angebote für Workshops mit Schulklassen begleitend zur Ausstellung „Leben nach dem Überleben“

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ausstellung „Leben nach dem Überleben“ von AMCHA Deutschland e.V. wird vom **15. Januar bis zum 3. Februar 2019 in der Citykirche in Aachen** und vom **8. bis 24. Februar in der Herz-Jesu-Kirche in Eschweiler** zu sehen sein.

Das Leben nach und mit dem Überleben – was bringt es mit sich? Wie wirken die Schrecken der Verfolgung heute nach? Was sind die langfristigen Folgen der Verfolgung und welche Auswirkungen haben Traumata auf das Leben von Überlebenden des Holocaust und ihre Nachkommen? Diesen Fragen geht die Ausstellung des mit dem Alfred Fried Preises der UNESCO und des österreichischen Parlaments prämierten Dokumentationsprojektes der Fotografin Helena Schätzle nach.

Die Ausstellung wird vor Ort von Anne-Christine Mertens und Alisa Gadas betreut. Die beiden studierten Historikerinnen, die in der außerschulischen Bildung seit einigen Jahren zu Holocaust und Nationalsozialismus in Gedenk- und Bildungsstätten arbeiten, bieten **zweistündige Workshops** für Gruppen mit einem Vorwissen über die Geschichte des Holocausts kostenfrei an (**frühestens ab 9. Klasse**).

Die Workshops werden in den Räumlichkeiten der Ausstellung stattfinden und wir empfehlen, mindestens weitere **30 Minuten Zeit für die Ausstellungsbesichtigung** einzuplanen. Sollten Sie nicht die Möglichkeit haben, mit den Teilnehmern in die Ausstellung zu kommen, besteht die Möglichkeit, dass eine der Mitarbeiterinnen in Ihre Schule/Institution kommt, um den Workshop vor Ort durchzuführen.

Der **Besuch der Ausstellung ist kostenfrei**. Für die Erstattung entstehender Materialkosten bitten wir um einen **Beitrag in Höhe von 30,00 € pro Gruppe**. Diese können bar vor Ort quittiert oder nach Überweisung auf das Konto des Vereins belegt werden.

Für **Terminabsprachen und weitere Anfragen** kontaktieren Sie bitte Anne-Christine Mertens: a.mertens@amcha.de

Wir freuen uns über Ihr Interesse!



Lukas Welz
Vorstandsvorsitzender



Am Kleinen Wannsee 5 A
14109 Berlin

Fon 030 – 280 980 38
Fax 030 – 280 998 71
eMail info@amcha.de
www.amcha.de

Vorstand

Lukas Welz
Vorsitzender
Rouven Sperling
stellvertretender Vorsitzender
Rainer Waldhauer
Schatzmeister
Marina Chernivsky
Dr. Katja Happe

Ehrenrat

Dr. Christine Bergmann
Bundesministerin a.D.
OMR Prof. Dr. Christoph Brückner
Ehrenpräsident des Deutschen Roten Kreuzes
Prof. Dr. Klaus Engelhardt
ehem. Vorsitzender des Rates der EKD,
Landesbischof LR
Prälat Dr. Georg Hüssler †
Ehrenpräsident des Dt. Caritasverbandes
Renate Schmidt
Bundesministerin a.D.
Dr. h.c. Charlotte Knobloch
ehem. Präsidentin des Zentralrates der Juden
in Deutschland
Prof. Dr. Rita Süßmuth
Bundestagspräsidentin a.D.
Dr. h.c. Wolfgang Thierse
Bundestagsvizepräsident a.D.
Dr. Hans-Jochen Vogel
Bundesminister a.D.

Spendenkonto

AMCHA Deutschland e.V.
Konto: 39 11 365
BLZ: 520 604 10
Evangelische Bank eG

SEPA-Kontoverbindung:
IBAN: DE90 5206 0410 0003 9113 65
BIC: GENODEF1EK1

Das Workshop-Konzept

Der Ansatz ist vor allem ein biografischer, der die individuellen Lebensgeschichten in den Vordergrund rückt. Das Leben nach dem Überleben, vor allem die Emigration und das Leben in Israel heute sollen ebenso Teil der Vermittlung sein, wie die mit den jeweiligen Biografien verknüpften historischen Orte und Ereignisse. Die Workshoparbeit orientiert sich am Grundsatz der **Methodenpluralität**, so sollen die Schüler*innen individuell, in Kleingruppen und als Schulklasse gemeinsam unterschiedlichen Arbeitsthemen nachgehen.



Das Workshopmaterial setzt sich aus biografisch angelegten Mappen zusammen. Bestandteil dieser Mappen ist u.a. eine **Selbstführung**, die aber auch Individualbesuchern ohne Workshop zu Verfügung steht. Die Besucher*innen werden dabei mit einem Fragebogen in die Ausstellung geschickt, der ihren Rundgang thematisch

lenken und ihre Aufmerksamkeit auf wesentliche Aspekte schärfen soll.

Das **biografische Material** ist zwar ausstellungsnah angelegt, soll aber auch ohne diese nutzbar sein. Wir folgen hier dem Konzept der Individualisierung und haben bei den fünf Biografien auf eine möglichst vielfältige Auswahl geachtet: Männer und Frauen, religiöse und nicht-religiöse Juden und unterschiedliche Nationalitäten sollen repräsentiert werden.

Anhand einer Biografie werden jeweils einige damit zusammenhängende **Themengebiete** behandelt, etwa: Konzentrationslager, Zwangsarbeit, Ghetto, Todesmarsch, Widerstand, Rassengesetze, Leben im Versteck, Assimilation, Nachkriegsprozesse, Zionismus, Traumata sowie das Leben in Israel.

Da langfristig ein universal einsetzbarer Leitfaden zur pädagogischen Arbeit mit der Ausstellung „Leben nach dem Überleben“ entstehen soll, wollen wir in Aachen mehrere Formen entwickeln, ausprobieren und in enger **Zusammenarbeit und Evaluation** durch die Lehrer*innen und Schüler*innen dann reflektieren und überarbeiten.

Nach Möglichkeit sollen alle Workshops und auch die Selbstführungen für unterschiedliche Klassenstufen und Schulformen geeignet sein. Daher werden die Workshops nach einem Baukastenprinzip aufgebaut sein, sodass Aufgaben nach Schwierigkeitsgrad ergänzt werden können. So lassen sich die Workshops auch thematisch mischen und können je nach vorgegebener Zeit gekürzt oder verlängert werden.

Stimmen zur Ausstellung

„Besonders auffällig ist für mich, dass trotz des schweren, herzerreißenden Themas hier keine bedrückenden schwarz-weiß Fotos präsentiert werden, sondern aufmerksam, sensibel, aber auch farbenfroh fotografiert wurde. Ich glaube, dass dieser Ansatz den Besuchern der Ausstellung in besonderem Maße und auf **vielschichtige Weise Zugänge ermöglicht, die sonst manchmal blockiert sind.**“

Martin Sehmisch
Informationsstelle Antisemitismus Kassel

„Es ist von unschätzbarem Wert, dass die Überlebenden der Schoah in der Ausstellung selbst zu Wort kommen und jüngere Generationen so die **Möglichkeit der persönlichen Annäherung** bekommen. Die Verbrechen sind vorbei, aber die Folgen sind bis in die dritte Generation der Nachfahren von Überlebenden zu spüren. Zum Verständnis sowohl der Schoah als auch der heutigen Situation der jüdischen Gemeinschaft ist es wichtig, diesen in der deutschen Öffentlichkeit **selten vertieft thematisierten Aspekt zu kennen und zu verstehen.**“

Ilana Katz
Vorsitzende Jüdische Gemeinde Kassel

Zu den Workshopleiterinnen

Anne-Christine Mertens und Alisa Gadas studieren seit 2014 gemeinsam Geschichte und Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Von April 2017 bis März 2018 leiteten sie eine studentische Lehrveranstaltung mit dem Titel „Erinnerung 2.0 – Holocaust-Gedenken ohne Zeitzeugen“. In diesem Rahmen forschten sie zu transgenerationaler Weitergabe von Traumata und Formen der Erinnerungskultur und erarbeiteten pädagogische Ansätze für zukünftige historische Bildung.

Anne-Christine Mertens arbeitete von September 2013 bis Februar 2014 im Rahmen eines FSJs mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste für AMCHA Israel und betreute Holocaust-Überlebende in Naharya. Seit 2018 ist sie studentische Hilfskraft bei AMCHA Deutschland e.V. Ab dem Wintersemester 2018/2019 wird sie mit dem Master „Interdisziplinäre Antisemitismusforschung“ an der Technischen Universität beginnen.



Alisa Gadas arbeitet in verschiedenen Projekten zur historischen und politischen Bildung, unter anderem als Bildungsreferentin in der Gedenkstätte Sachsenhausen und am Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Seit 2015 organisiert sie das Sächsische Geschichtscamp. Auf verschiedenen Studienreisen nach Israel hat sie Hebräisch gelernt und beschäftigt sich seitdem mit der israelischen Kultur und Politik.

TOP 5 - Anlage 1

Wohnungs- marktbericht 2017

Daten und Fakten



Fotografie: Peter Hinschläger. Objekt: gewoge AG, Eckener Straße, Aachen-Brand.

www.aachen.de



Gesamtstädtisches Ziele / Leitbild

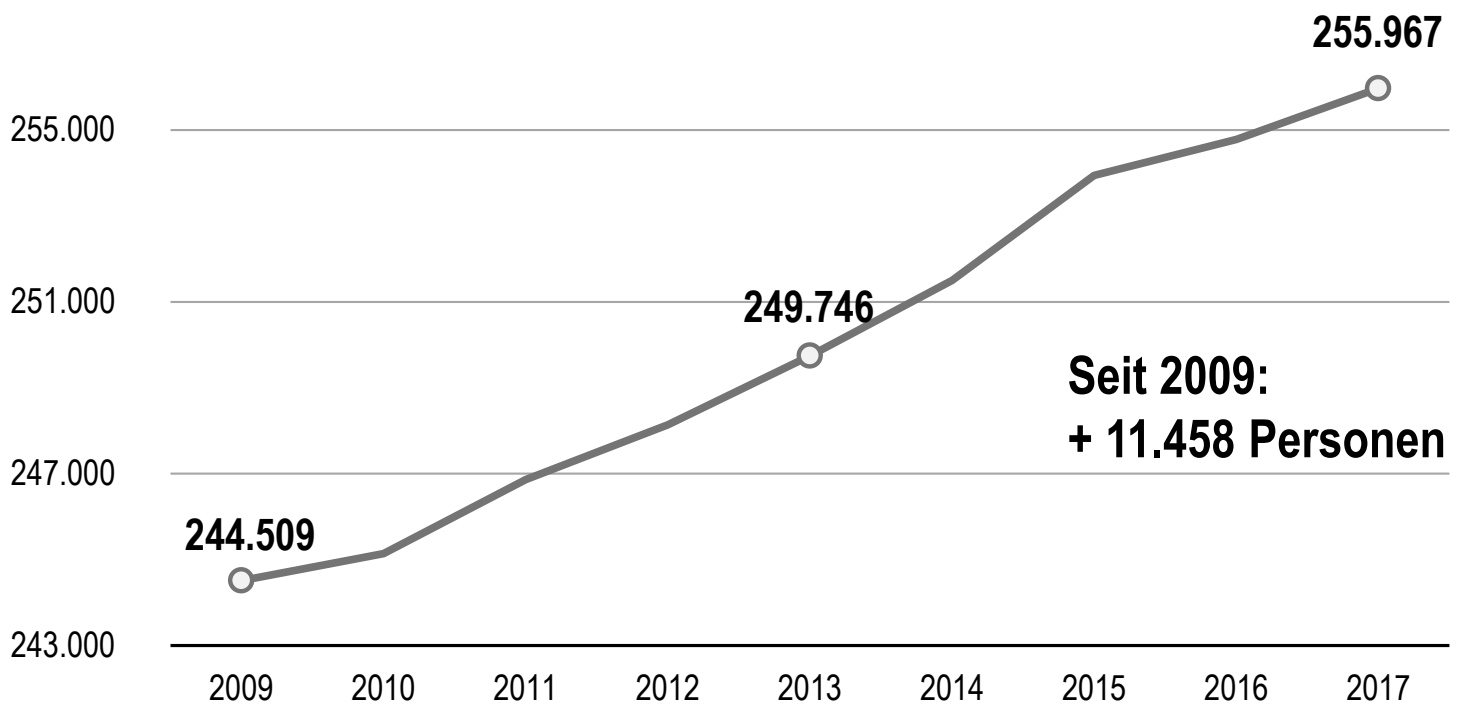
Bereitstellung eines ... bedarfsgerechten Wohnraumangebotes für

... Menschen in jeder Lebenslage,

... mit jedem Einkommen,

... im gesamten Stadtgebiet.

Warum fehlt in Aachen Wohnraum? Bevölkerungswachstum Stadt Aachen

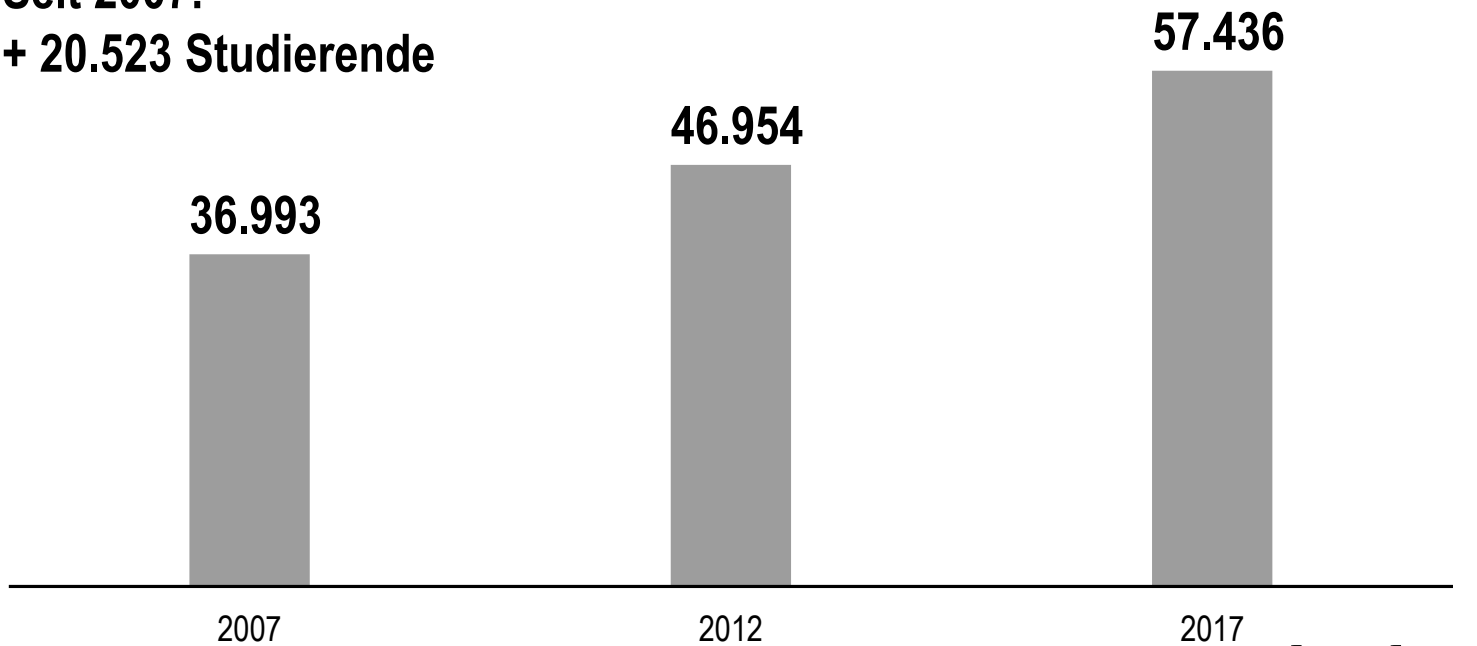


Warum fehlt in Aachen Wohnraum? Hochschulexpansion -> Studierendenandrang

Anzahl der Studierenden

Seit 2007:

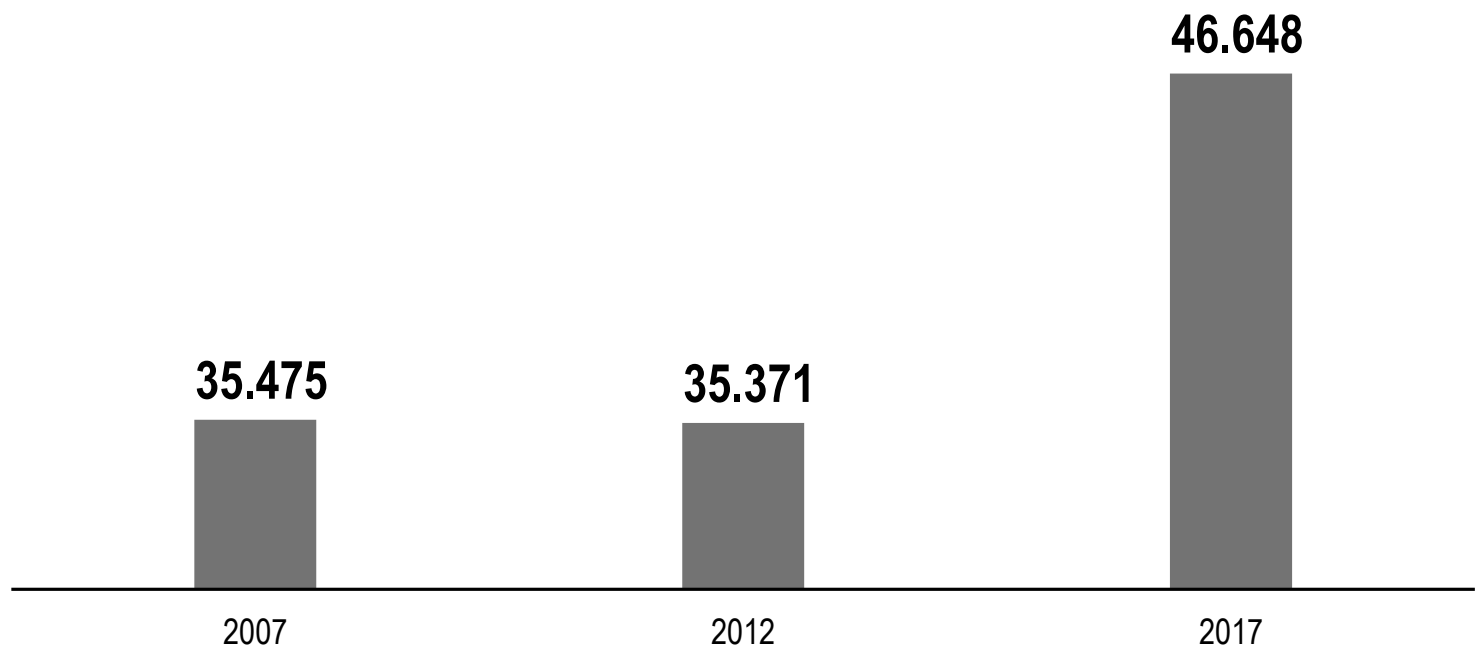
+ 20.523 Studierende



Warum fehlt in Aachen Wohnraum?

Internationaler Zuzug

Entwicklung der Aachener Bevölkerung ohne deutschen Pass



- > erhöhtes Flüchtlingsaufkommen
- > internationale Hochschulexpansion

Wieviel Wohnungen werden in Aachen gebaut? 20-Jahres-Hoch bei neuen Wohnungen



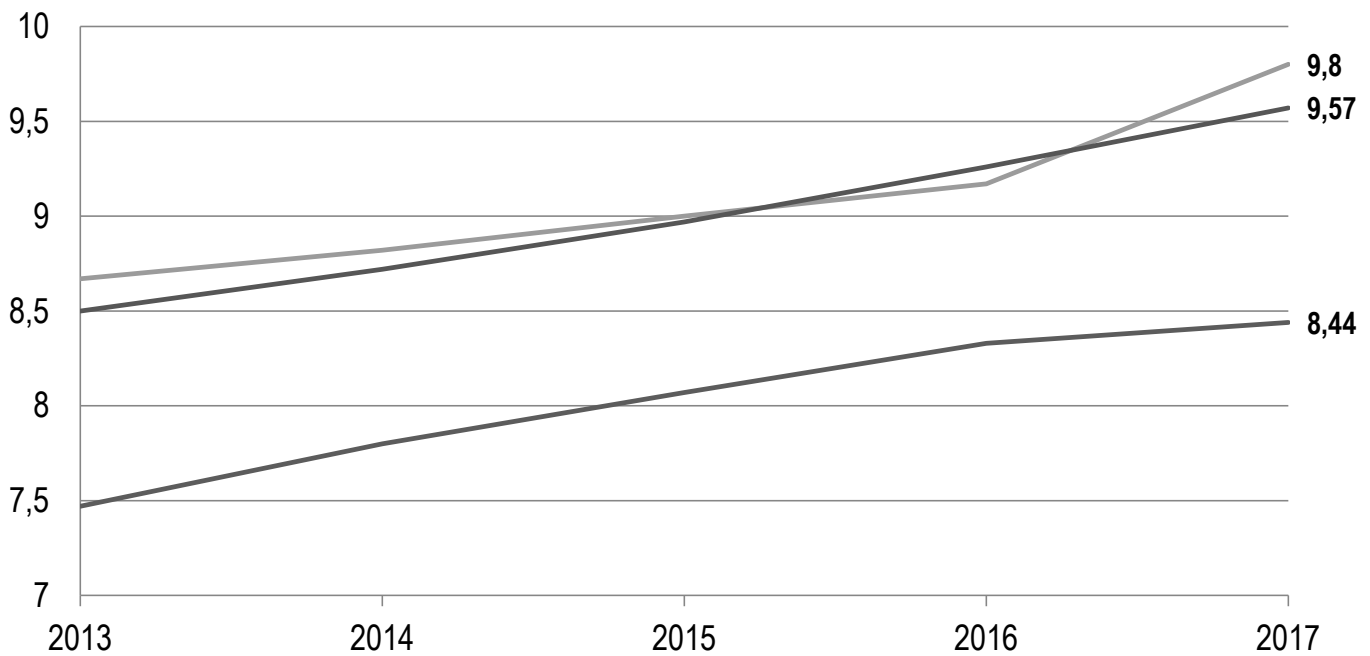
Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration - Abteilung Planung – 30. Januar 2019



Welche Wohnungen fehlen in Aachen? Mietpreise steigen

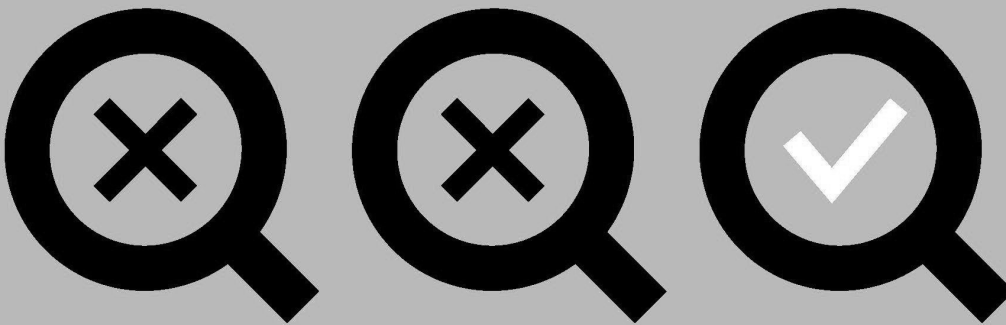
Entwicklung mittlerer Angebotsmietpreis in €/qm

— Aachen — Münster — Bonn



Welche Wohnungen fehlen in Aachen? Wohnungssuchende in Aachen

Nur noch jedem 3. wohnungssuchenden Haushalt konnte 2017 eine passende, öffentlich geförderte Wohnung vermittelt werden.



→ Kap. 4.2.a

→ Kap. 4.2.b

Welche Wohnungen fehlen in Aachen? Entwicklung Wohnraumförderung

Hohes Neubauniveau im öffentlich-geförderten
Wohnraum wird gehalten

**Bestand öffentlich geförderter
Wohnungen wächst erstmals
seit vielen Jahren:**

9.944 **10.105**

Wohnungen im Vorjahr

Wohnungen im Jahr 2017

→ Kap. 4.1.c

→ Kap. 4.1.a

Was kann die Stadt Aachen tun? Kommunale Instrumente

- **Bessere Abstimmung aller Akteure**
- **Stärkung öffentlich-geförderter Wohnungsmarkt**
- **Schaffung und Mobilisierung von Wohnbauflächen**
- **Vergabe von Wohnbauflächen zu sozialen Zwecken**
- **Blick auf nachhaltige Quartiersentwicklung**

weitere Informationen: s. Wohnungsmarktbericht S. 54 ff.